

Antrag des Abgeordneten Peter Beck**Situation in Kuba fordert zum Handeln auf**

Mit dem Jahr 2021 erlebt Kuba eine so schlimme Versorgungslage wie zuletzt in 1990er-Jahren. Dieser linkspolitisch/kommunistische Inselstaat leidet unter Misswirtschaft, Korruption und Vetternwirtschaft in unvorstellbaren Ausmaßen.

Kuba ist sehr stark vom Tourismus abhängig und war daher auch einer der Karibikstaaten, der als allerletztes die Außengrenzen geschlossen hat. Das war schon lange nachdem alle anderen Länder keine Touristen mehr ins Land gelassen haben. Dadurch konnte sich das Virus vermehrt verbreiten und sobald die Lage einigermaßen wieder unter Kontrolle gebracht war, wurden die Grenzen wieder geöffnet. Das geschah wiederholt und geht zu Kosten der einheimischen Bevölkerung, da dann nicht nur die ohnehin knappen Lebensmittel den Hotels bereitgestellt wurden, sondern die neuesten Virusvarianten frei Haus importiert wurden.

Bei den darauffolgenden Lockdowns wurden Stadtteile, Städte und Dörfer voneinander isoliert, was die Versorgungslage in den ländlichen Gebieten verschärfte und weiterhin verschärft, da zum Beispiel Familien normalerweise regelmäßig nach Havanna fahren, um Lebensmittel wie aber auch überlebenswichtige Medikamente einkaufen zu können. Da dieses aufgrund der staatlichen Restriktionen und Verordnungen für die einfache, ländliche Bevölkerung nicht mehr möglich ist, ist die Bevölkerung vollständig von den ankommenden unregelmäßigen Lieferungen abhängig.

In der Praxis bedeutet das, dass die Bevölkerung sich ab 5.30 Uhr morgens in eine Warteschlange stellen muss, um mit viel Glück gegen Nachmittag Lebensmittel erhalten zu können. Das bedeutet auch, dass, wenn Versorgungsfahrzeuge es nicht in die ländlichen Gegenden schaffen, es an diesem und den darauffolgenden Tagen keine Nahrung für die dort lebenden Menschen gibt.

Kuba ist außerdem stark abhängig von den Devisenzuflüssen aus dem Ausland. Seit knapp einem Jahr übernehmen Western Union und weitere Zahlungsanbieter keine Zahlungsabwicklungen mehr. Es gibt derzeit lediglich eine Plattform über die noch Geld auf kubanische Kreditkarten transferiert werden kann. DHL transportiert seit März 2020 auch keine Pakete mehr nach Kuba. Somit können in Deutschland lebende, deutsch-kubanische Familienangehörige ihren Verwandten auch keinerlei Hilfeleistungen mehr zukommen lassen.

Es ist Tatsache, dass mit der Abschaffung des konvertiblen Pesos (CUC), sogenannte MLC-Läden auf Kuba eingeführt wurden, in denen nur mit Devisen beziehungsweise mit speziellen dafür kreierten Kreditkarten eingekauft werden kann. Ähnlich wie die damaligen Intershop-Läden in der damaligen DDR. In diesen MLC-Läden gibt es buchstäblich alles, aber nur ein Bruchteil der Bevölkerung kann dort einkaufen. Die Preise für Lebensmittel, Strom und Wasser erhöhten sich zum Teil um das Fünffache, sodass dem einzelnen Kubaner nicht mehr Geld als vorher bleibt.

Nach internationalen, wissenschaftlichen Untersuchungen verderben 80 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion, bevor diese zu den Konsumenten gelangen. Es gibt eine staatliche Ankaufszentrale mit allseits bekannten mafiösen Strukturen, die Waren unter dem Produktionspreis ankauft. Wer zu dem vorgeschlagenen Preis der Ankaufszentrale nicht verkaufen will, darf seine Waren auch nicht privat und direkt an den Verbraucher bringen. Wer dies dennoch tut, wird mit drakonischen Strafen belegt. Und selbst wer eine Verkaufslizenz hat, darf wirklich nur an dem darin benannten Ort verkaufen. Kraftstoffmangel sorgt außerdem dafür, dass Produkte nicht zeitgerecht abtransportiert werden. Bis Anfang 2021 war es den Produzenten untersagt, die Erzeugnisse zu verarbeiten, das heißt, zum Beispiel aus Mangos Marmelade zu machen, Gurken einzulegen et cetera.

Die kostenlose medizinische Versorgung besteht quasi nur noch auf dem Papier, da alle Medikamente, Sauerstoff et cetera von der Familie der Patienten beschafft werden müssen und auch das Gesundheitspersonal beschenkt werden muss, wenn man sicher gehen will, dass das Familienmitglied versorgt wird. Hinzu kommt, dass das Krankenhauspersonal Medikamente aus den staatlichen Krankenhäusern schmuggelt, um diese dann über Verwandte zu horrenden Preisen auf dem Schwarzmarkt zu verkaufen, die sich kein normaler kubanischer Einwohner leisten kann und somit Hilfsbedürftige und deren Angehörige ihrem Schicksal überlassen werden.

Ja, es gibt eine Blockadehaltung und Wirtschaftssanktionen durch die USA, aber es gibt auch eine ganze Reihe von innerkubanischen Blockaden. Das fängt bereits bei den strengen Importvorschriften an und hört damit auf, dass der private Sektor regelmäßig und willkürlich geschröpft wird. Da werden trotz erteilter Lizenzen Waren konfisziert, Strafen verhängt und administrative Prozesse unnötig verlängert, sodass die Motivation legal und selbstständig zu arbeiten, niedrig gehalten wird.

All diese Faktoren zusammen genommen, haben zu Protesten ab Juli 2021 geführt, die zum großen Teil friedlich verliefen. Die kubanische Bevölkerung besitzt in der Regel keine Schusswaffen. Die erste Reaktion des kubanischen Präsidenten Diaz Canel: „Nur über meine Leiche und wir werden die kontrarevolutionären Gruppen mit aller Härte bekämpfen.“, haben Parteianhänger als Aufforderung zum Kampf verstanden. Es wurden zahlreiche friedliche Demonstranten mit Holzknüppeln entweder schwer verletzt oder getötet. Erst nach diesen Vorfällen mäßigte der Präsident seinen Ton. Massenverhaftungen haben zu überfüllten Gefängnissen geführt. Es sollen Exempel zur Abschreckung der Bevölkerung statuiert werden. Mehrere Demonstranten sitzen seit September 2021 im Gefängnis, weil sie auf einer Demonstration festgenommen wurden, auf der sie lediglich mehr Rechte, Freiheit und eine bessere Versorgung gefordert haben. Deren Prozess sollte Ende November 2021 stattfinden. Das voraussichtliche Strafmaß wird aufgrund des zu der Zeit verhängten Ausnahmezustands mit 14 bis 16 Jahren statt 7 bis 8 Jahren erwartet.

Der Senat wird gebeten, sich hinsichtlich dieser menschenverachtenden Willkürmaßnahmen des linkspolitischen Systems auf Kuba an die Bundesregierung zu wenden, damit diese über die kubanische Botschaft in Deutschland schnellstmöglich eine diplomatische Protestnote an die kubanische Regierung stellt.

Peter Beck, BIW